



Rat der Europäischen Union
Generalsekretariat

Brüssel, den 12. November 2014

CM 5014/14

PTS A

MITTEILUNG

VORLÄUFIGE LISTE DER A-PUNKTE

Für Rückfragen: coreper.2@consilium.europa.eu

Tel./Fax: +32.2-281.7814/7199

Betr.: 3350. Tagung des RATES DER EUROPÄISCHEN UNION
(Verkehr, Telekommunikation und Energie)

Termin: 27. November 2014

Ort: RAT
JUSTUS-LIPSIUS-GEBÄUDE
Rue de la Loi 175, 1048 BRÜSSEL

Mögliche A-Punkte

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

- Verordnung (EU) Nr. .../. der Kommission vom [...] zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 874/2004 zur Festlegung von allgemeinen Regeln für die Durchführung und die Funktionen der Domäne oberster Stufe ".eu" und der allgemeinen Grundregeln für die Registrierung
= Beschluss, den Erlass nicht abzulehnen

- Verordnung (EU) Nr. .../... der Kommission vom XXX zur Änderung und Korrektur der Verordnung (EU) Nr. 10/2011 über Materialien und Gegenstände aus Kunststoff, die dazu bestimmt sind, mit Lebensmitteln in Berührung zu kommen
= Beschluss, den Erlass nicht abzulehnen

- Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens vom 28. Juni 2006 zwischen der Europäischen Union und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über das Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Island und Norwegen
 - = Annahme
 - 14766/1/14 REV 1 JAI 812 COPEN 266
 - 5307/10 JAI 36 COPEN 8
 - + COR 1
 - vom AStV (2. Teil) am 12.11.2014 gebilligt

 - = Beschluss des Rates zur Bestimmung der unmittelbaren finanziellen Folgen der Beendigung der Beteiligung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland an bestimmten Rechtsakten der Union im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon angenommen wurden
 - = Beschluss des Rates zur Bestimmung von Folge- und Übergangsmaßnahmen in Bezug auf die Beendigung der Beteiligung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland an bestimmten Rechtsakten der Union im Bereich der polizeilichen Zusammenarbeit und der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon angenommen wurden
-